

Thörmer, H. & Einemann, E. (2007) *Aufstieg und Krise der Generation Schröder. Einblicke aus vier Jahrzehnten*. Marburg: Schüren. S. 79-88.

1. Die Modernisierung der SPD 1992/93: Das Projekt „SPD 2000“

Man durfte getrost unterstellen, dass Mitglieder und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Partei, aber natürlich auch Journalistinnen und Journalisten zum Thema „SPD 2000“ eine Frage stellen würden: Wann modernisiert und verändert sie sich denn nun, die SPD?

Die Projektgruppe des Parteivorstandes hatte nach langen Diskussionen und intensiver Prüfung auch sehr unkonventioneller Ideen Vorschläge gemacht, die nahe an der Organisationsrealität der SPD lagen und die Charakteristik „moderate Veränderung“ verdienten - eine sehr weit reichende *Umkrempelung* bewährter Strukturen und die Freigabe der SPD zum *Feldversuch* sind von einer Organisation mit einer mehr als hundertjährigen erfolgreichen Tradition wohl auch kaum zu erwarten gewesen.

Organisationsreform war in den letzten Jahrzehnten häufiger ein Thema für die SPD; so hatten sich z. B. Bruno Friedrich, Holger Börner und Hans Koschnick sowie Peter Glotz mit viel beachteten Beiträgen um die Anpassung der Parteiorganisation an die veränderte gesellschaftliche Situation bemüht und zur Weiterentwicklung der Parteistrukturen beigetragen. Die in den 90er Jahren diskutierten Veränderungen standen in dieser Tradition, mussten sich aber die Frage nach den praktischen Konsequenzen gefallen lassen.

An dieser Stelle ist eine erste Zwischenbemerkung erforderlich. Organisatorische Veränderungen einer Partei sind eine hochpolitische Angelegenheit. Sie basieren auf einer spezifischen Einschätzung der gesellschaftlichen Situation und versuchen, Parteistrukturen so anzulegen, dass ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verankerung und politischer Effektivität erreicht wird. Insofern ist eine optimale Organisation eine unverzichtbare Voraussetzung für den politischen Erfolg. Aber zu warnen ist vor dem Umkehrschluss, eine gute Organisation könne z. B. politische Strukturprobleme lösen. Um es an einem Beispiel zu erläutern: Auch die genialste organisationspolitische Entscheidung in Bezug auf die Struktur der SPD in den neuen

Bundesländern wird wohl nicht erreichen können, dass die Partei einen massenhaften Zulauf von Mitgliedern erhält. Eine gute Organisation muss den erreichbaren Zuwachs von Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern ausschöpfen - auf Basis einer überzeugenden Politik, die das Wichtigste ist.

Im Kern ließen sich die von „SPD 2000“ angestrebten Veränderungen in vier Punkten zusammenfassen:

1. die Verringerung der *Kontaktschwellen* von Bürgern zur Partei durch eine stärkere Öffnung,
2. die Eröffnung stärkerer Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder in der politischen Arbeit mit dem Ziel einer breiteren politischen Aktivierung,
3. die bessere Qualifizierung von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern und Hauptamtlichen für das innerparteiliche Management sowie die politische Auseinandersetzung und
4. die systematische Verbesserung der internen Infrastruktur mit einem zeitgemäßen Angebot von Dienstleistungen für die Mitglieder und Aktivisten.

Der Bericht der Projektgruppe des Parteivorstandes wies aus, dass es zu dem letztgenannten Punkt erhebliche Fortschritte gegeben hatte. Der SPD-Parteivorstand verfügte über ein transparentes, breit gefächertes Dienstleistungsangebot für die Organisation und betrieb trotz knapper Ressourcen eine entschlossene Politik der Modernisierung der EDV, die verstärkt zu einem Instrument der politischen Information und Kommunikation wurde.

Das Ziel, über eine systematische Bildungs-Infrastruktur zu verfügen, war nahezu erreicht: Es gab ein breites Angebot für die Aus- und Weiterbildung von Hauptamtlichen, und für die Weiterqualifizierung von Ehrenamtlichen standen mehr als hundert speziell ausgebildete Teamer, Moderatoren und Referenten zur Verfügung.

Das Projekt „SPD 2000“ hatte auf der Ebene des *zentralen Parteiapparates* stattgefunden. Diese Leistung durfte aber trotz der intensiven politischen Diskussion einiger Hundert Funktionsträgerinnen und Funktionsträger auf den *Spitzenebenen* sowie möglicherweise veränderten Richtlinien und Statuten nicht mit einer

Veränderung der Organisations-Realität der SPD in ihrer Breite verwechselt werden. Die Frage bleibt: Was hat sich geändert, was wird sich ändern?

1.1. Die Rolle des Erich-Ollenhauer-Hauses

Die Parteizentrale der SPD war nicht mehr - falls sie es denn jemals war - die die Politik der Partei per Dekret bestimmende Instanz. Politik wird auf unterschiedlichen Ebenen formuliert und gemacht, und wichtige Entscheidungen kommen in der Regel erst nach kontroversen Diskussionen bei Integration verschiedener Interessenlagen zustande. Die zunehmende Pluralisierung der Politik-Formulierung und die gewachsenen Integrationsbedürfnisse fanden ihren Niederschlag auch in einem neuen Aufgaben-Profil der Partei-Zentrale.

Unter Hinweis auf die für die aktuelle Politik wichtige Rolle der Fraktionen und deren im Vergleich zur Partei bessere Ausstattung waren Peter Lösche und Franz Walter zu dem Schluss gekommen, der Apparat des Parteivorstandes habe nur noch zwei Funktionen: die des Service-Betriebes für die Organisation und die der Wahlkampf-Organisation. Die Unterstellung, die Bundeszentrale der SPD sei „eine weitgehend von der übrigen Organisation abgekoppelte Dienstleistungseinrichtung“, ist zu kurz gegriffen – sie unterschätzt die politische Bedeutung der Parteizentrale. Aber: der Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Dienstleistungs-Einheit war das erklärte politische Ziel von Präsidium und Vorstand der SPD, und das Projekt SPD 2000 bezog sich zu einem großen Teil auf diese Aufgabe. Hinter dem Begriff „*verbesserte Service-Leistungen für die Partei*“ verbargen sich eine Reihe von bewährten und neuen Aktivitäten, die Hilfestellungen für die Basisarbeit der Partei zur Verfügung stellen sollten. Insofern war die möglichst optimale Unterstützung der Arbeit der Ortsvereine ein zentrales Anliegen des Parteivorstandes: SPD 2000 bedeutete das Festhalten am Ziel der Aktivierung möglichst vieler Mitglieder und der Direktansprache der Bevölkerung durch die Basiseinheiten der Partei. Das Projekt SPD 2000 setzte auf kontinuierliches persönliches Engagement in den Gliederungen der Partei und nicht auf die *Fraktionspartei* der Profis. Die Unterstützung der zum großen Teil ehrenamtlichen Aktivisten sollte allerdings so gut und professionell wie möglich erfolgen.

Die Dienstleistungs-Funktionen des Erich-Ollenhauer-Hauses für die Partei ließen sich unabhängig von den gesondert zu betrachtenden Aufgaben im Wahlkampf mit den Stichworten Organisation von Betreuung, Beratung, Erfahrungsaustausch, Information und Kommunikation kennzeichnen. Nicht alle Service-Leistungen konnten allen Ebenen der Partei gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden: So beschränkte sich die Organisation von Veranstaltungen aufgabengemäß auf die Bundesebene, und die Betreuung des parteieigenen Computernetzes konzentrierte sich auf den Bereich der Hauptamtlichen bis hin zu den Unterbezirken. Aber auch die Service-Leistungen, die sich nicht direkt an die Ortsvereine richteten, kamen diesen zugute; das galt z. B. für die elektronische Mitgliederverwaltung und den Bankeinzug von Beiträgen ebenso wie z. B. für die durch Veranstaltungen der Parteischule erreichte bessere Qualifikation von Hauptamtlichen.

Zur besseren Übersicht konnte man die Service-Leistungen des Parteivorstands für die Ortsvereine in zwei Schwerpunkt-Bereiche unterteilen: sie zielten einerseits auf die Verbesserung der innerparteilichen Arbeit und andererseits auf die optimale Darstellung der Partei nach außen.

1.2. Schwerpunkt innerparteiliche Arbeit

Ein großer Teil der Angebote des Parteivorstands wendete sich an die in den Ortsvereinen verantwortlichen Funktionäre. Sie sollten helfen,

- die politische Information zwischen Parteivorstand und Ortsvereinen zu organisieren
- den Ortsverein effizient zu managen
- Ortsvereinsversammlungen interessant zu gestalten
- die innerparteiliche Bildungsarbeit voranzutreiben.

Politische Information

Das wichtigste Instrument der politischen Information der Ortsvereine durch den Parteivorstand war das Funktionärsblatt INTERN, das alle 14 Tage erschien und die politischen Vorgänge auf Bundesebene gründlich dokumentierte. Darüber hinaus konnte man die an alle Mitglieder versendete Parteizeitung „Vorwärts“ sowie viele Materialien und Dokumente des Parteivorstands als Produkte zur innerparteilichen Information bewerten.

Als Instrument der schnellen Information wurde z. B. im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein das Instrument OV-FAX erprobt. Damals reichte das Fax-Netz des Parteivorstands nur bis zu den Unterbezirken; hier schien eine weitere Dezentralisierung auch im Interesse der Bezirke und Unterbezirke sinnvoll, denn in den meisten Ortsvereinen war zumindest ein Multiplikator für die Partei über Fax erreichbar.

Die mit Computern ausgestatteten Funktionäre konnten sich kurzfristig Informationen aus Mailboxen besorgen. Der Parteivorstand betrieb einen solchen elektronischen Briefkasten in Bonn, wobei aktuelle Informationen (z. B. Presseerklärungen) über ein Mailbox-Netz (Zerberus/LINKS) in vielen Orten dezentral abgerufen werden konnten.

Effizientes Management des Ortsvereins

Die Organisation des „laufenden Betriebes“ eines Ortsvereins und die Betreuung der Mitglieder erfordern ein hohes Maß an Engagement, wobei häufig auch neue Genossinnen und Genossen eingearbeitet werden müssen. Der Parteivorstand stellte Handbücher wie z.B. das Organisations-Handbuch zur Verfügung, das Aufgabenbeschreibungen und Hilfen für Ortsvereins-Funktionäre enthielt. Die Handbücher *Mitglieder werben*, *Zeitung machen* und *Öffentlichkeitsarbeit* sollten Anregungen für Aktivitäten nach außen liefern, nützten aber zunächst einmal den Aktiven bei der Vorbereitung ihrer Arbeit. Darüber hinaus gab es die Bereitstellung von Service-Produkten wie Ehrenurkunden, Anstecknadeln, Briefbögen, Mustersatzungen, Informationen für neue Mitglieder (*Wir über uns*) usw.

Innerparteiliche Bildungsarbeit

Für Ortsvereine stand das Handbuch innerparteiliche Bildungsarbeit bereit. In der Reihe *Materialien für die Bildungsarbeit* war z. B. eine Seminarkonzeption zum Thema Rechtsradikalismus verfügbar. Die Bildungsobleute der Ortsvereine erhielten regelmäßig die „Informationen zur politischen Bildung“ und wurden einmal jährlich zu einem „Bildungstag“ des Parteivorstands eingeladen. Der Parteivorstand hatte die Ausbildung von Teamern und Moderatoren für die politische Bildung erheblich ausgeweitet und wollte über den Aufbau einer Referenten-Datenbank die Unterbezirke in die Lage versetzen, die Ausbildung der Bildungsobleute der Ortsvereine zu verbessern. Die durch die Parteschule organisierte Qualifizierung der

Hauptamtlichen war ebenfalls als Beitrag zur Stärkung der innerparteilichen Bildung zu bewerten.

Reise-Service

Die Erkenntnis, dass Reisen bildet, ist nicht neu. Ausgesprochen erfolgreich war die Idee, ein Reise-Angebot zu organisieren, bei dem SPD-Mitglieder ihre Freizeit gemeinsam mit Gleichgesinnten gestalten und mit der Teilnahme an interessanten politischen Veranstaltungen verbinden können. Darüber hinaus eröffnete sich die Möglichkeit, Noch-Nicht-Mitglieder an das innerparteiliche Leben heranzuführen.

1.3. Darstellung der Partei nach außen

Die über 100.000 Aktivisten und Funktionäre in rund 10.000 Ortsvereinen sind das neben der medienvermittelten Öffentlichkeitsarbeit wichtigste „politische Kapital“ der SPD: die Multiplikatoren der Partei leisten die Direktansprache der Bürger am Arbeitsplatz und im Stadtteil, sie werben mit ihrer Person für die SPD und sind präziser als alle Umfrageergebnisse in der Lage, die Sorgen und Wünsche der Bevölkerung in die politische Willensbildung hinein zu vermitteln. Die von den Ortsvereinen organisierte Darstellung der Partei nach außen im Rahmen von Aktionen und Kampagnen ist von zentraler politischer Bedeutung. Diese Arbeit wurde vom Parteivorstand unterstützt u. a. durch die Bereitstellung von

- technischen Hilfen
- Beratungsangeboten/Anregungen für neue Formen der politischen Arbeit
- politischen Informationen und Werbemitteln
- Hilfen beim Zugang zu Referenten und Künstlern.

Der *Wilhelm-Dröscher-Preis* und die Ausstellung *Lebendiger Ortsverein* im Rahmen der ordentlichen Bundesparteitage sind bis heute Foren für die Präsentation von Ortsvereinen mit interessanten Projekten. Im Erich-Ollenhauer-Haus erfolgte der Aufbau einer Ideenbörse als Datenbank, die der Aktions- und Projektberatung von Ortsvereinen diente. Die Magazinseiten *Vor Ort* im Vorwärts informierten regelmäßig über Ortsvereins-Projekte.

Man konnte von einem sehr dichten Dienstleistungs-Angebot des Parteivorstandes für die politische Arbeit der Ortsvereine sprechen. Der 1992 erstmals veröffentlichte

Service-Katalog gab eine gute Übersicht über verfügbare Produkte. Darüber hinaus standen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parteivorstandes für Beratungsgespräche zur Verfügung.

1.4 Modernisierung der Computer-Vernetzung

Wenn man eine moderne und effektive Parteiorganisation will, dann muss man nicht nur technisch auf der Höhe der Zeit sein, sondern auch die Intelligenz und die Interessen der aktiven Mitglieder und Funktionäre in die Überlegungen einbeziehen. Dieser Satz ist folgenschwer: Es reicht nicht mehr aus, sich auf die Ebene der Hauptamtlichen zu konzentrieren.

Die Partei verfügte über ein bundesweites Netz, das von Personalcomputern (PC) in den Unterbezirken über Anlagen der mittleren Datentechnik mit Terminals in den Bezirken bis zu einem Großrechner mit fast 200 Arbeitsstationen in der Bonner Zentrale reichte. Die Produktion von Texten, die Verwaltung der Mitglieder und die Änderung ihrer Daten sowie die Finanzbuchhaltung waren Anwendungen, die niemand mehr ohne Hilfe von Computern erledigen wollte.

Die Projektgruppe „SPD 2000“ des Parteivorstandes hatte in These 51 ihres Berichts in Bezug auf die EDV gefordert: *„Wir streben einen Standard an, der modernen Unternehmen des Dienstleistungsbereichs entspricht. Dabei geht es im Kern darum, die EDV zu einem Instrument der politischen Information und Kommunikation zu machen und sie nicht auf die Funktion etwa der Unterstützung bei der Mitgliederverwaltung oder bei der Texterstellung zu beschränken.“*

Die EDV wurde kompatibel zum Industriestandard. Die SPD wurde unabhängig von einzelnen Hardware-Herstellern und setzte soweit wie möglich am Markt vorhandene Standardsoftware ein. Anlagen der mittleren Datentechnik wurden durch PC-Netzwerke ersetzt. Beim Nachrichtenaustausch setzte die Partei auf Standards und garantierte so einen problemlosen Datenaustausch nicht nur untereinander, sondern auch zum Beispiel mit der SPD-Bundestagsfraktion.

Der praktische Nutzen: Texte, Grafiken, Nachrichten und Informationen konnten blitzartig ausgetauscht und problemlos weiterverarbeitet werden - zum Beispiel bei der Erstellung von Flugblättern oder der Verteilung von Argumentationshilfen im

Wahlkampf. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Bonn konnten direkt vom PC aus nicht nur elektronische Post, sondern auch Fax-Mitteilungen versenden.

Die grundlegende Modernisierung der EDV ermöglichte den Einsatz von Datenbanken zur Verbesserung der politischen Information und zur Optimierung von Verwaltungsarbeit. Einsetzbar waren die Ideenbörse *Lebendiger Ortsverein*, in der etwa eintausend Modellprojekte gespeichert sind, und eine Datenbank für die *Kulturbörse*. Laufende Projekte waren die Elektronisierung des politischen Archivs (zum Beispiel eine Datenbank mit *Gegnerzitate*), die Modernisierung der Mitglieder- und Adressverwaltung, die Erstellung eines Wahlkreis-Informationssystems und der Aufbau einer Teamer- und Referentendatenbank.

Über den Bereich der Hauptamtlichen hinaus wurde versucht, durch drei Projekte eine gerade im Wahlkampf wichtige schnelle Information von Multiplikatoren zu erreichen:

- Fax-Verteiler wurden aufgebaut, die bis auf die Ebene der Ortsvereine reichen sollten.
- Der Abruf von Informationen aus einer Mailbox in Bonn, deren Zugangskapazität allerdings begrenzt war, wurde ermöglicht.
- Über eintausend Redaktionen von Stadtteil-, Ortsvereins- und Betriebszeitungen sowie alle SPD-Parteibüros erhielten den Artikeldienst auch auf Diskette (Texte und Grafiken).

1.5 Neue Formen der Mitgliederbeteiligung

Hier lag der Kern- und Angelpunkt der Parteireform: Was verändert sich im praktischen Handeln von Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken? Die - natürlich immer unzureichenden - Informationen auf Bundesebene mussten zu dem Schluss führen, dass von einer breiten Welle der Veränderung noch nicht die Rede sein konnte. Die Realität der Organisation war schon immer differenziert: So waren einzelne der auch in dem Bericht der Projektgruppe des Parteivorstandes erwähnten neuen Formen der Parteilarbeit an der einen oder anderen Stelle längst gängige Praxis, so dass hier kaum Veränderungsbedarf gesehen wurde; an anderen Stellen

bestand eine so ausgeprägte Zufriedenheit mit der derzeitigen Situation, dass kein akuter Handlungsbedarf ausgemacht wurde. Die Mitte 1992 begonnenen Reformdiskussionen wurden an vielen Stellen überlagert durch die Konzentration auf politische Auseinandersetzungen im Vorfeld des Sonderparteitages (*Asyl-Parteitag*) Ende 1992. Dennoch gab es in vielen Gliederungen Kommissionen, die sich mit der Modernisierung der Parteiorganisation beschäftigten, und es gab eine Reihe von Pilotprojekten, deren Verbreitung zu einer Verbesserung der Qualität der politischen Arbeit beitragen würde. Zumindest zwei dieser erprobten Ansätze sollten in der Partei intensiv diskutiert und mit Unterstützung durch den Parteivorstand möglichst überall realisiert werden. Dabei ging es zum einen um Befragungs-Aktivitäten und zum zweiten um die Durchführung von Zukunftswerkstätten/Planungsklausuren auf der Ebene von Unterbezirken.

Befragungs-Aktivitäten

Das Ziel von innerparteilichen *mobilisierenden Befragungsaktivitäten* bestand darin, eine Optimierung der politischen Arbeit im Dialog mit den *Betroffenen* zu erreichen. Das Grundmuster war

- von einer kleinen Projektgruppe besonders Engagierter einen Fragebogen entwickeln und testen zu lassen,
- den Befragten den Fragebogen mit entsprechender Werbung zugehen zu lassen und ihn mit einer möglichst hohen Beteiligung zurückzuerhalten,
- eine Auswertung vorzunehmen und strategische Konsequenzen zu formulieren,
- die Ergebnisse der Befragung allen Befragten zurückzuvermitteln
- eine politische Diskussion unter möglichst breiter Beteiligung über die Ergebnisse der Befragung zu erreichen.

Auf diesem Weg bestand auch die Möglichkeit, Hinweise auf Beteiligungschancen für die Befragten zu geben: Sie wurden zu Diskussionen eingeladen, und sie wurden auch nach ihrer Aktivitätsbereitschaft gefragt, die wiederum die Grundlage für neue Angebote der Partei sein könnte. Der Anfang 1993 fertig gestellte Videofilm des Parteivorstandes zum Thema „*SPD 2000*“ dokumentierte solche Befragungsaktionen.

Ein erfolgreiches Projekt konnte der SPD-Bezirk Westliches Westfalen vorweisen: Die Organisationskommission des Bezirks hatte eine Befragung aller 782 Ortsvereine

des Bezirks durchgeführt und insgesamt 311 Fragebögen (40 Prozent) zurückerhalten. Der Fragebogen zur Ortsvereinsarbeit wurde ausgewertet, und es wurden sowohl politische Konsequenzen als auch Hilfen für die Verbesserung der Ortsvereinsarbeit formuliert. Diese Ergebnisse wurden den Ortsvereinen zur Verfügung gestellt, und es fand auf Bezirksebene eine Ortsvereinskonferenz statt. Über 200 Ortsvereinsvorsitzende kamen zusammen und diskutierten in mehreren Arbeitsgruppen über Schritte zur Verbesserung der Ortsvereinsarbeit und über mögliche Aktivitäten im Rahmen der Parteireform.

Ein sehr viel aufwändigeres Befragungsprojekt hatte im SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe stattgefunden. Nach einem *Pilotversuch* wurden alle 28.000 Parteimitglieder mit einem von den Funktionären überbrachten Fragebogen konfrontiert, der im Wesentlichen auf eine Verbesserung der Datenbasis der Partei zielte. Es ging darum, aktuelle Mitgliederdaten zu gewinnen (z. B. in Bezug auf die Berufsgruppenzugehörigkeit oder die Mitarbeit in Vereinen und Verbänden), die überhaupt erst eine vernünftige Zielgruppenarbeit ermöglichten. Darüber hinaus hatten die Mitglieder die Chance, ihre Wünsche in Bezug auf Angebote zur Mitarbeit anzumelden (Interesse an bestimmten Themenfeldern, Bereitschaft zur Mitarbeit in Projektgruppen) und über einen beigefügten Fragebogen zur Ortsvereinsarbeit auch ihre Meinung in Bezug auf das Funktionieren der Basisorganisation zu artikulieren. Die erreichte Rücklaufquote von knapp über 50 Prozent war beachtlich. Ein wesentlicher Effekt der Aktion war, dass jedes Mitglied von einem Vertreter der Partei besucht wurde und über das Ausfüllen von Fragebögen hinaus die Gelegenheit hatte, „der Partei“ die Meinung zu sagen.

Zukunftswerkstätten/Planungsklausuren

Die Durchführung von Planungsklausuren in Form von Zukunftswerkstätten unter Einsatz der Metaplan-Technik hatte sich als besonders effiziente Form der Parteiarbeit herausgestellt, die eine Bündelung des Wissens und der Phantasie der Beteiligten ermöglichte und eine solidarische und kooperative Form des Umgangs miteinander förderte. Die SPD verfügte über ausgebildete Moderatoren und Teamer, die die Durchführung von Zukunftswerkstätten/Planungsklausuren für jeden Unterbezirksvorstand oder auch für die Bildungsobleute jedes Unterbezirks sicherstellen konnten. Erste Erfahrungen mit *Wahlkampf-Klausuren*, die in dieser

Form in den ostdeutschen Ländern durchgeführt wurden, hatten sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen. Zentraler Gegenstand der Seminare/Klausuren sollte die Vorbereitung des Wahlkampfes 1994 unter politischen wie organisatorischen Aspekten sein. Häufig war es so, dass nach einem ersten Erleben dieser neuen Arbeitsform der Wunsch nach einer Wiederholung zu anderen Schwerpunkten bestand - die Beteiligten machten die Erfahrung, dass Parteiarbeit in der Tat Spaß machen kann und zugleich eine bisher kaum erreichte Effektivität bekommt.

Die SPD konnte für sich reklamieren, eine zeitgemäße Veränderung ihrer Organisationsstrukturen gründlich diskutiert zu haben; auf der Ebene der Hauptamtlichen beim Parteivorstand wurde eine qualitative Verbesserung der internen Infrastruktur realisiert; in vielen Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken hatte es nachahmenswerte Pilotprojekte gegeben. Eine Aktivierung der Untergliederungen traf auf gezielte Unterstützungsangebote des Parteivorstandes. Die Modernisierung der Organisation war keine Diskussionsveranstaltung für politikarme und wahlkampffreie Zeiten mit dem Ziel einer Änderung der Papierformen. Es ging um die Entfaltung neuer und die Bündelung vorhandener Aktivitäten unter möglichst effizienter Nutzung der vorhandenen Infrastrukturen. Ziel war die Aktivierung der Partei, die nur als Mitgliederpartei in der Bevölkerung verankert bleiben und erfolgreich Politik betreiben kann.